



Pressemitteilung der Bürgerinitiative



Gewerbepark Breisgau erhalten

Hinweis auf mögliche einseitige Informationslage beim Infomarkt zur geplanten Erstaufnahme-Einrichtung

Eschbach, 10.10.2025 – Die Bürgerinitiative Gewerbepark Breisgau wird am Infomarkt zur geplanten Erstaufnahmeeinrichtung am 17. Oktober 2025 in Eschbach mit einem eigenen Stand vertreten sein. In gewohnter Weise möchten wir sachlich und faktenbasiert informieren. Dabei stellen wir weiterhin nicht das „Wie“, sondern das grundsätzliche „Ob“ einer solchen Einrichtung im Gewerbepark Breisgau in Frage.

Mit zwei Stellwänden machen wir erneut auf unsere Petition aufmerksam, die bislang auf große Resonanz stößt: Über 3.000 Unterschriften und mehr als 977 Kommentare wurden auf der Plattform change.org abgegeben – davon musste lediglich ein einziger Kommentar entfernt werden, da er nicht sachlich formuliert war.

Im Vergleich dazu fällt die Beteiligung an der offiziellen Online-Bürgerbeteiligung der Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung deutlich geringer aus: Zwischen dem 28. Juli und 20. September 2025 beteiligten sich lediglich 14 Personen mit insgesamt 30 Kommentaren. Einige dieser Beiträge wurden offenbar zensiert, was den Eindruck entstehen lässt, dass kritische Stimmen bewusst abgeschwächt oder nicht veröffentlicht wurden.

Zweifel an Unabhängigkeit und Zielsetzung der Dialogformate

Im Gespräch mit der beauftragten Agentur wurde seitens dieser betont, man lege großen Wert auf einen qualitativen Bürgerdialog. Unsere Recherchen zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild: Die Agentur beschreibt sich auf ihrer eigenen Website als spezialisiert auf **Akzeptanzkommunikation** und **Planungsbeschleunigung**. Dort heißt es unter anderem:

„Wir stellen den Gesprächsfaden zu staatlichen oder kommunalen Entscheidern her, verleihen Ihrem Anliegen gegenüber der Öffentlichkeit Nachdruck [...] und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Realisierung geplanter Vorhaben.“

Diese Formulierung lässt vermuten, dass weniger die neutrale Information im Vordergrund steht, sondern vielmehr die gezielte Förderung von Akzeptanz – unabhängig von der tatsächlichen Meinung der Bürgerinnen und Bürger. Kommentare, die wir im Rahmen unserer Recherche gefunden haben, bestätigen diese Annahme:

„Die umfangreichen Botschaften sind nicht falsch, jedoch sehr einseitig ausgelegt.“

„Sie geben sich neutral und betonen, es ginge um Fakten. Dabei wird den Bürgern jedoch ein einseitiges Bild suggeriert.“

„Ihr Schwerpunkt liegt auf Baurechtschaffung – sie wurden beauftragt, um Bürger zu besänftigen und für das Projekt zu gewinnen.“

Intransparenz bei Ausschreibung und Kosten

Während unserer weiteren Recherche haben wir erfahren, dass die Ausschreibung für die dialogische Bürgerbeteiligung bereits **im vergangenen Jahr** stattfand – also **vor** dem offiziellen Beschluss der Verbandsversammlung vom 10. März 2025, die Planungen fortzusetzen. Dies wirft die Frage auf, ob der politische Beschluss tatsächlich noch offen war – oder ob dieser lediglich eine Formalität darstellte.

Zudem wurde uns mitgeteilt, dass die Kosten für die Bürgerbeteiligung bei etwa **90.000 Euro** liegen. Diese Summe bezieht sich auf eine Ausschreibung, die offenbar auch weitere mögliche Standorte für Erstaufnahmeeinrichtungen umfasst. Welche Standorte konkret betroffen sind, konnte uns nicht genannt werden. Eine weiterführende Anfrage hierzu haben wir an das Staatsministerium gestellt – die Antwort steht noch aus.

Bedenken hinsichtlich einer ausgewogenen Bürgerinformation

Angesichts dieser Informationen stellen wir in Frage, ob der kommende Infomarkt tatsächlich ein objektives Bild der Situation vermitteln wird. Es besteht die Gefahr, dass sich Besucher nach dem Besuch „gut informiert“ fühlen – während zentrale Fragen und Bedenken weiterhin unbeantwortet bleiben.

Dennoch haben wir uns bewusst zur Teilnahme entschlossen, um unsere Perspektive sichtbar zu machen und einen offenen Diskurs zu fördern. Wir fordern alle Besucherinnen und Besucher auf, sich kritisch mit den präsentierten Informationen auseinanderzusetzen und sich nicht mit weichgespülten Aussagen zufriedenzugeben.

Widerstand aus Bevölkerung und Wirtschaft – zentrale Kritikpunkte

Die geplante Erstaufnahmeeinrichtung stößt weiterhin auf Widerstand – sowohl in der Bevölkerung als auch bei Unternehmen im Gewerbepark Breisgau. Unsere zentralen Kritikpunkte:

- **Nutzungskonflikt:** Der Gewerbepark wurde mit dem Ziel gegründet, gewerblichen Betrieben Raum zu bieten. Eine Erstaufnahmeeinrichtung passt nicht zu diesem Zweck.
- **Wirtschaftlicher Schaden:** Eine EA generiert **keine Gewerbesteuererinnahmen**, während Gewerbebetriebe Arbeitsplätze schaffen und den Kommunen langfristige Einnahmen sichern würden.
- **Hohe Baukosten: ca. 100 Millionen Euro**
- **Hohe Beförderungskosten für Geflüchtete aufgrund der abgeschiedenen Lage der EA: Alleine für einen einzigen Shuttlebus geschätzt mind. € 500.000**
- **Hohe Folgekosten:** Der laufende Betrieb einer EA würde laut Schätzungen jährlich **mindestens 60 Millionen Euro** kosten.
- **Alternative Nutzung der Wohngebäude im Industriegebiet nicht vorstellbar, z.B. im Falle eines zurückgehenden Bedarfes an Wohnraum für Geflüchtete.**
- **Befristung:** Der Erbpachtvertrag ist auf 15 Jahre ausgelegt – bei dieser zeitlichen Begrenzung ist eine solch hohe Investition fragwürdig.
- **Standortwert:** Das Areal mit direkter Anbindung an Autobahn und Bahn ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort – eine EA wäre hier eine vertane Chance für die regionale Entwicklung.

Unser Appell

Die Bürgerinitiative versteht sich als Stimme der besorgten Bürgerinnen und Bürger sowie der ortsansässigen Unternehmen. Wir appellieren an die Medien und an alle Teilnehmenden des Infomarkts, sich nicht mit vorgefertigten Antworten zufriedenzugeben. Eine ausgewogene Bürgerinformation ist gerade in dieser Phase von großer Bedeutung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ihre Bürgerinitiative Gewerbepark Breisgau erhalten